Gewaltiger Schaden für zukünftige

Liebe Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger!

Gerne möchte ich Sie in diesem Text zu einem kleinen Gedankenexperiment einladen. Stellen Sie sich einmal vor, Sie wären der vertretbaren Ansicht, dass es zu wenige Baugründe für Bauwillige gibt, die sich in unserer Gemeinde niederlassen wollen. Würden Sie dann auch eine 13.000 qm große wertvolle Naturvorrangzone - mehrere Kilometer vom Ortszentrum entfernt und gegen die Empfehlung der Raumordnungsbehörden des Landes und der betroffenen Anrainer - in zukünftiges Bauland umwidmen? So geschehen in der Marktgemeinde Scharnstein im Bereich In der Lahn.

Bereits 2013 hatte das Land eine Umwidmung im gegenständlichen Bereich kategorisch abgelehnt. In einem weiteren Bescheid der OÖ Raumordnung vom 8. Februar 2018 wurde Folgendes festgehalten:

"Der vorgelegte Änderungsantrag betreffend die Umwidmung einer ca. 25.400 m2 großen (Teil)Fläche von Grünland in Dorfgebiet bzw. Verkehrsfläche - fließender Verkehr" wird aus fachlicher Sicht der Örtlichen Raumordnung eindeutig negativ beurteilt.

Abgesehen von möglichen Beispielsfolgen sind aus raumordnungsfachlicher Sicht die Voraussetzungen für eine
zusätzliche Baulandschaffung (Vervielfachung des bestehenden Dorfgebietes) im ggst. Bereich nicht gegeben:
das Planungsvorhaben sieht die großflächige Erweiterung
von bezogen auf den Hauptsiedlungsraum dezentral gelegenen raumordnungsfachlichen Fehlentwicklungen vor
und steht somit eindeutig im Widerspruch zu wesentlichen Zielen und Grundsätzen des Oö. ROG 1994. Darüber
hinaus kann aufgrund der Entfernung zum Hauptort die
Versorgung mit sozialer Infrastruktur als unzureichend
angesehen werden.

Der Nachweis eines öffentlichen Interesses als Begründung für die Notwendigkeit der - vorzeitigen - Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes kann aus fachlicher Sicht aufgrund der aus der Gesamtüberarbeitung bekannten hohen Baulandreserven nicht nachvollzogen werden. Aus Sicht des Naturschutzes wird die geplante Erweiterung im nördlichen Teil aufgrund der Exponiertheit der Grundstücke als lineare Außenentwicklung im Landschaftsbild dominant in Erscheinung treten und ist daher abzulehnen."

Selbstverständlich gäbe es Lösungen für die Schaffung von Baugründen

Seit vielen Jahren bringt die SPÖ Scharnstein in diesem Zusammenhang den immer gleichen Vorschlag ein, der sich außerdem mit den Sachgutachten des Landes deckt. Man muss für die Entwicklung neuer Siedlungsbereiche nicht in die Peripherie der Gemeinde gehen und dort

wertvolles Grünland ein für alle Mal zerstören. Viel gescheiter wäre es, neue Baugründe in der Nähe der traditionell gewachsenen Ortszentren Scharnstein, Viechtwang und Mühldorf zu entwickeln und davon gibt es genug!

Gerade "noch vertretbar"!

Auch wenn es Bürgermeister Rudolf Raffelsberger immer wieder behauptet, wird seine Aussage nicht wahrer: Es war nicht das Land, das diese Umwidmung umsetzen wollte. Ganz im Gegenteil! Es war der Umwidmungswerber, unterstützt von unserem Bürgermeister und seiner absoluten VP-Mehrheit im Gemeinderat, der diese unsachgemäße Umwidmung in unzähligen Anläufen und gegen den härtesten Widerstand der Abteilung Raumordnung des Landes am Ende schließlich durchdrückte. Dazu musste bspw. der Schutzbegriff der "Naturvorrangzone" im gegenständlichen Bereich auf Wunsch der ÖVP aus dem ÖEK gestrichen werden. Der Abteilung Naturschutz des Landes musste am Ende die immer noch widerständige Formulierung abgerungen werden, dass die Umwidmung gerade "noch vertretbar" wäre.



Eine verantwortungsvolle Gemeindevertretung würde ohne ausreichende Baustellenzufahrt niemals 14.000 Quadratmeter Grünland in Bauland umwidmen!

Für die unsachgemäße Umwidmung von Grünland in Bauland In der Lahn haben sich Bürgermeister und Bauausschussvorsitzender den Ruf von "Freunderlwirtschaft" mehr als verdient. Diesen Ruf werden die Beiden auch so schnell nicht mehr los!

Generationen!

Die Umwidmung ist im Interesse eines Einzelnen, nicht im öffentlichen Interesse!

Würde ein verantwortungsvoller Bürgermeister nun am Ende dieses Gedankenexperiments – einen solchen Antrag auf Umwidmung mit der absoluten Mehrheit im Gemeinderat durchdrücken oder hätte er nicht besser im Verantwortungsbewusstsein für zukünftige Generationen – genau das Gegenteil machen müssen? Hätte er nicht sagen müssen: "Schaut her, liebe Gemeinderäte, die Raumordnung sagt vehement nein, der Naturschutz sieht in dem Umwidmungsantrag gerade noch eine vertretbare Möglichkeit, wenn es sonst überhaupt keine Gründe für eine sinnvolle Schaffung von Bauland geben würde. Unter Abwägung all dieser begründeten Einsprüche gegen die Umwidmung müssen wir eben von einer Umwidmung absehen." Am Ende aber blieb die ÖVP bei ihrem Antrag und die Entscheidung des Landes folgte dem Antrag der absoluten Mehrheit der ÖVP, allerdings nur widerwillig:

"Im durchgeführten Raumordnungsverfahren haben sich aufgrund einer Interessensabwägung durch den Raumordnungsreferenten der Oö. Landesregierung und basierend auf der erweiterten Grundlagenforschung durch die Marktgemeinde aus der Sicht der Aufsichtsbehörde letztlich keine Gründe für eine Versagung der Genehmigung aufgrund der Bestimmungen Oö. ROG 1994 ergeben."

Liebe ScharnsteinerInnen: sieht so ein überzeugender Entscheid des Landes aus? Oder handelt es sich nicht vielmehr um ein Klein-bei-Geben gegenüber der mächtigen Fürsprache des Bürgermeisters für einen Parteifreund? Welche Interessen werden hier verfolgt und welche Interessen kommen unter die Räder?

Ich meine, es sind zufällig die Interessen eines Parteifreundes, die hier unsachgemäß unterstützt wurden und es sind die Interessen aller Scharnsteinerinnen und Scharnsteiner, die hier mit Füßen getreten wurden.

VBGM Max Ebenführer

Arbeit im Ausschuss eine Farce!

Bei einer Aufrechterhaltung der erfolgten Umwidmung In der Lahn durch die Gemeinde sieht es unsere Fraktion zukünftig als ungerechtfertigt an, auch nur irgendeinen ähnlich gelagerten Umwidmungsantrag in der Gemeinde abzulehnen. Die Arbeit im Ausschuss würde einer Farce gleichen.

Um seitens der Marktgemeinde Scharnstein ein sinnvolles öffentliches Interesse an der Sicherung von leistbarem Bauland zu verfolgen, ist das Zubetonieren grüner Wiesen am Ortsrand ungeeignet. Dafür müssten vielmehr die vorhandenen Flächen rund um die Ortszentren Scharnstein, Viechtwang und Mühldorf für eine raumordnerisch vernünftige Siedlungsentwicklung aufbereitet werden.

Exzesse wie die im Gemeinderat mehrheitlich unterstützte Umwidmung einer riesigen Grünlandfläche im Herrnberg oder die aktuelle Umwidmung In der Lahn sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Und das aus gutem Grund: Lange Verkehrswege und Kanäle, lange Strom- und Breitbandleitungen verursachen viel Aufwand, machen die Versorgung teuer, erhöhen die Betriebskosten und schränken die Kassen der Gemeinden massiv ein. Vor allem die Umwelt leidet unter Flächenversiegelung und Bodenverbrauch.

Herbert Wimroither
Mitglied im Bauausschuss

